

Von der Parteizentrale der illegalen KPD zur Feuerwache

Die Geschichte des MfS-Objekts „Projekt“¹ in Berlin-Lichtenberg

Rudolf van Hüllen

Als am 17. August 1956 das Bundesverfassungsgericht in Karlsruhe nach einem fünf Jahre dauernden Verfahren die Kommunistische Partei Deutschlands (KPD) für verfassungswidrig erklärte und ihre Auflösung anordnete, trafen Polizei und Staatsschutz bei der Schließung der Parteibüros nur noch untergeordnete Reste des kommunistischen Apparates an. Die rund fünfzig Mitglieder des Parteivorstands, Anfang 1957 sogleich in Zentralkomitee umbenannt, hatten sich zumeist schon vor dem Verbot in Berlin (Ost) aufgehalten; allenfalls ein halbes Dutzend war in der Bundesrepublik zurückgeblieben². Auch die sogenannten Arbeitsabteilungen des ZK und ihre hauptamtlichen Mitarbeiter hatten unter dem Schutz der Mutterpartei SED Zuflucht gesucht. Sie waren in einem halben Dutzend konspirativer Objekte im Ostteil Berlins untergebracht, mit Schwerpunkt in Pankow, Karlshorst und Prenzlauer Berg.

Das Politbüro der KPD unter dem 1. Sekretär Max Reimann residierte etwas nobler in Arbeits- und Wohnräumen in einer Villa in Berlin Weißensee, Parkstr. 23.³ Die Vermutung, dieses Objekt könne „dekonspiriert“, also enttarnt worden sein, war realistisch. SED und KPD sann auf Abhilfe.

Sitz des Politbüros der KPD (1965–1971)

Die Wahl eines neuen Standorts für den Sitz des Politbüros der illegalen KPD fiel auf ein Industrieterrain in Berlin-Lichtenberg. Hier hatten sich auf dem Gelände eines früheren Gutshofes bis 1945 Anlagen der Norddeutschen Kugellagerwerke und der IG Farben befunden. Die kriegswichtigen Betriebe unterhielten Zwangsarbeitslager und beschäftigten unter anderem russische Kriegsgefangene. Bei Kriegsende wurde in diesem Areal heftig gekämpft. Bis heute findet man bei Erdarbeiten Munition und andere Kriegsrelikte. Die SED schloß nach dem Krieg das Gelände neu auf: Die in Ost-West-Richtung südlich von der Herzbergstraße verlaufende Rittergutstraße wurde 1960 in Josef-Orlopp-Straße umbenannt (Abb. 1.). Der Namensgeber, ein sozialdemokratischer Gewerkschaftsfunktionär, hatte sich nach 1945 für den Zusammenschluß mit der SED eingesetzt⁴. Die zwischen beiden Straßen liegenden, rund 60 Meter tiefen Parzellen wurden an ihrer Rückseite durch eine Industriebahntrasse der Deutschen Reichsbahn begrenzt. Zum Bauplatz einer neu zu errichtenden Parteizentrale für die westdeutschen Genossen bestimmte die SED die Parzellen dreizehn und vierzehn an der

1 Ohne die engagierte und sehr erfolgreiche Recherchearbeit von Herrn Roberto Welzel als BStU-Mitarbeiter wäre diese Studie nicht zustande gekommen. Zu danken habe ich des weiteren Dr. Wilhelm Mensing (Bonn) und den Mitarbeitern der FW Berlin-Lichtenberg, die im Oktober 2011 unsere Neugier ertragen, uns bereitwillig Auskunft gegeben und die Liegenschaft der Feuerwache gezeigt haben.

2 Vor allem Kurt Baumgarte, Hugo Ehrlich, Kurt Erlebach, Hermann Gautier, Willi Gerlach, Rudolf Kohl, Oskar Müller und Heinz Zscherpe, so ein ursprünglich als „geheim“ eingestuftes Bericht des Bundesamtes für Verfassungsschutz „Die illegale KPD“ vom Mai 1960, S. 17.

3 Ebd., S. 43.

4 Josef Orlopp (1888–1960) gehörte zunächst der SPD, dann der USPD und wieder der SPD an. Er bekleidete zahlreiche Funktionen im Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbund (ADGB) während der Weimarer Republik. 1945 schloß er sich wieder der SPD ein, fand sich aber unter den Unterstützern der Zwangsvereinigung mit der SED. In der DDR war er Mitglied des Präsidiums und Sekretär des Bundesvorstandes des FDGB und bis 1953 Regierungsbevollmächtigter für innerdeutschen Handel.

Josef-Orlopp-Straße, zusammen 13 352 Quadratmeter.⁵ Unmittelbar östlich schloß sich über die gesamte Grundstückstiefe die Parzelle fünfzehn an. Sie maß 1 877 Quadratmeter, war lediglich vier Meter breit und verband als „Straße Nr. 15“ die Josef-Orlopp-Straße mit der nördlich gelegenen Herzbergstraße.

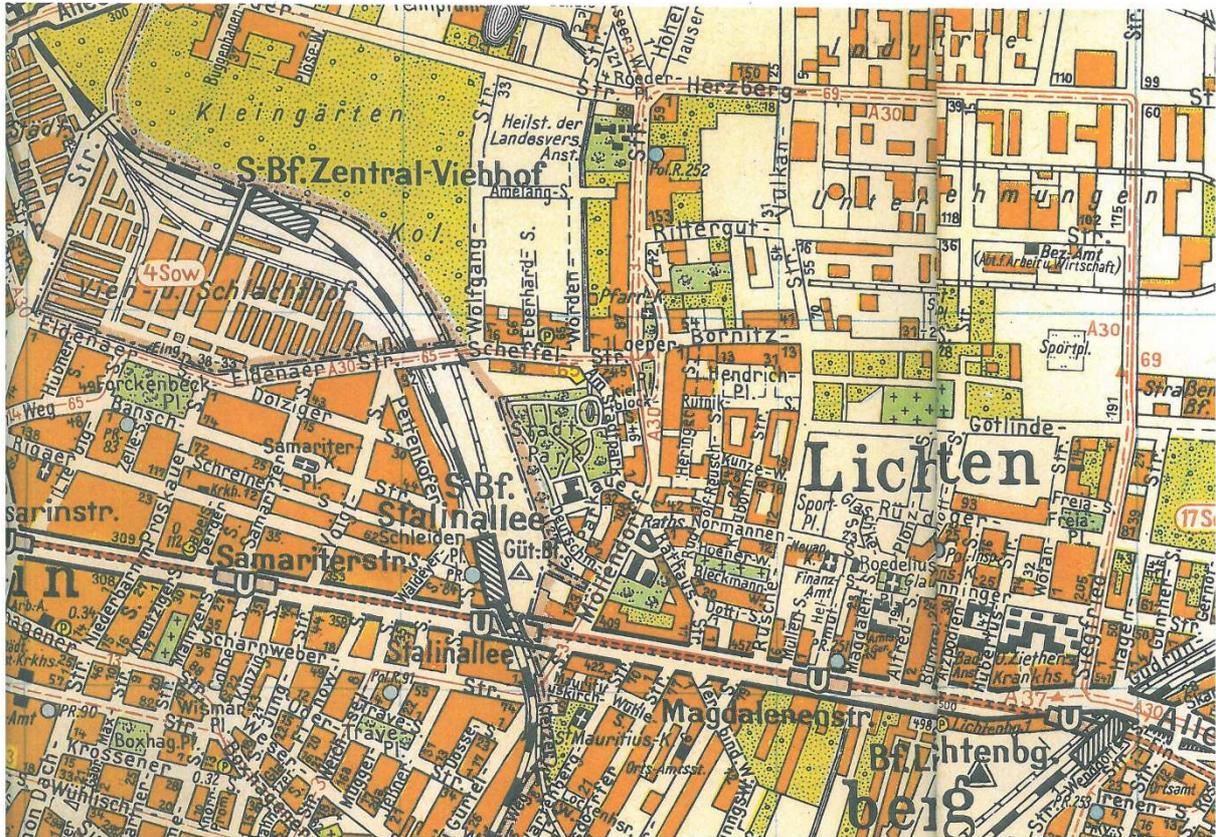


Abb. 1: Auszug aus einem Westberliner Stadtplan aus der zweiten Hälfte der 1950er Jahre mit der Lage der Rittergutstraße.

Wann genau der Beschluß zur Neuerrichtung eines Gebäudes für das Politbüro der KPD fiel, ist aus den Akten des MfS nicht ersichtlich.⁶ Jedenfalls wurde an der Josef-Orlopp-Str. 67–71 im April 1964 Boden für einen Neubau ausgehoben. Der Leiter des Büros der Leitung II (BdL II, später HA II/19 des MfS), Oberst Harnisch, notierte einen etwas seltsamen Grund für die Ortswahl: „[...] und außerdem ist die Führung der KPD der Meinung – auch der Genosse Matern⁷ – daß ein solches Objekt in der Nähe von Arbeiteratmosphäre liegen muß.“⁸ Parallel zur Straße, rund zehn Meter nach hinten versetzt, entstand seit dem 5. November 1964 im Eiltempo ein vergleichsweise

5 Katasterunterlagen BStU MfS, Dokumentation über die Liegenschaftsverwaltung des MfS, 1830, Bl. 1.

6 Der Vorgang „Josef-Orlopp-Str.67–71“ hat in den erhaltenen Akten der SED – soweit bisher bekannt – keine Spuren hinterlassen. Unsere schriftliche Quellenlage stützt sich praktisch ausschließlich auf dazu vom BStU recherchierte Unterlagen des Ministeriums für Staatssicherheit, dort vor allem des „Büros der Leitung“ (BdL) beim Minister für Staatssicherheit und der Abteilung „Verbindungen und rückwärtige Dienste“ (VRD). Sie umfasst circa 200 Blatt.

7 Hermann Matern (1893–1971), KPD seit 1919, im Zweiten Weltkrieg Lehrer an einer sowjet. Antifa-Schule, Leiter der Zentralen Parteikontrollkommission der SED, im Politbüro der SED bis zu seinem Tod zuständig für die „Westarbeit“.

8 BStU MfS HA II/MF/37, Bl. 8.

zweckmäßiger und recht komfortabler Neubau in Betonstützenbauweise, Hochparterre und mit einem Obergeschoß, mit 38 Arbeitsräumen und einem rechtwinklig nach hinten angebauten Sozialtrakt, der Küche und Speisesaal enthielt. Offizieller Rechtsträger war der „Volkswirtschaftsrat der DDR“, und laut späterem Anschlag am Eingang befand sich in dem Neubau der „VEB Zentralstelle für Projektnormierung“. Die DDR-typisch bürokratische Bezeichnung war klug gewählt, denn weder war sie geeignet, die Neugier des Klassenfeindes auf sich zu ziehen, noch konnte sich überhaupt jemand etwas unter ihr vorstellen. Die Staatssicherheit blieb bei der Vergabe ihrer eigenen Deckbezeichnung anspruchslos: Die Josef-Orlopp-Str. 67–71 hieß bei ihr bis 1989 schlicht Objekt „Projekt“.⁹

Für das MfS sollte „Projekt“ einige Jahre Quell heftiger Besorgnisse sein, denn schon vor und während der Einweihung am 31. Oktober 1965 – nicht ganz zufällig der Geburtstag des Genossen Max Reimann – ereigneten sich grobe Verstöße gegen die Konspiration: Weil es sich um ein vorfristig fertiggestelltes „Lehrlingsprojekt“ handelte, wurden Journalisten geladen, und schon zuvor war in einem Blatt der Betriebsparteiorganisation des VEB-Ingenieurbaus Berlin ein Beitrag mit einem Bild vom guten Werk erschienen.¹⁰ Das MfS ermittelte als Urheber des Vergehens den Bauleiter Julius Kowalewski¹¹ von der Abteilung „Verkehr“ des ZK der SED¹². Der Vorfall ist nur ein Beispiel für das notorisch angespannte Verhältnis zwischen der KPD und der sie betreuenden ZK-Abteilung „Verkehr“ der SED einerseits und den mit der „Absicherung“ betrauten Diensteinheiten des MfS andererseits. Stets war den MfS-Offizieren mit ihrem Sicherheitswahn die „Konspiration“ der Parteigenossen, besonders den aus dem Westen stammenden, zu nachlässig. Und die wiederum, in der sicheren Position ihrer „führenden Rolle“, dachten überhaupt nicht daran, sich von den MfS-Mitarbeitern bevormunden zu lassen. Dennoch hatte organisatorisch bei allen KPD-Objekten das MfS letztlich das Sagen: Es beschaffte sie, sicherte sie ab und bewachte sie, und es übernahm sie auch wieder, wenn sie von der KPD nicht mehr benötigt wurden.¹³

9 Die „Rechtsträgerschaft“ lag zunächst – der Legende folgend – beim „Volkswirtschaftsrat des Ministerrats der DDR“. Als sich 1975 die Zuständigkeiten innerhalb des MfS änderten, stellte man erstaunt fest, daß dieses nicht ganz so kleine Grundstück einem Rechtsträger gehörte, den es schon längere Zeit nicht mehr gab. Es wurde kurzerhand auf die Verwaltung rückwärtige Dienste des MfS umgetragen, „Kosten entstehen dadurch nicht“, wie es lakonisch in den Akten heißt (BStU MfS 1830, Bl. 7, 13 u. 14).

10 „Der Rüttler“, 2. April-Ausgabe 1965. Die rund 50 am Bau tätigen Lehrlinge hatten sieben Aktive gebildet, von denen unter anderem das Aktiv „Mielke“ als besonders erfolgreich herausgestellt wurde. Der Artikel bemerkte, für die Lehrlinge seien „die Wettbewerbsziele genauso heilig wie für alle anderen“. Bis zum 7. Oktober (Tag der DDR-Gründung) sollte der Bau fertiggestellt sein.

11 Julius Kowalewski (1905–1981) war seit 1929 Mitglied der KPD gewesen und hatte vor 1933 für den Parteiselbstschutz Waffen und Munition beschafft. Nach 1945 war er zunächst im Bereich der VVN tätig gewesen, danach im sogenannten Stahlmann-Apparat, einem Vorläufer des MfS. Offenbar für „Projekt“ wurde er mit dem VVO in Bronze ausgezeichnet (Neues Deutschland v. 05.11.1965) (BStU MfS HA II/19, 1494).

12 Die ZK-Abteilung „Verkehr“ (auch als „ZK VK“ abgekürzt) mit bis zu 300 Mitarbeitern besorgte die konspirative logistische Betreuung der KPD, der illegalen KPD und später der DKP. Dies schloß die Bereitstellung von Tagungsorten in der DDR für die Westgenossen, vor allem aber die konspirative Finanzierung der Partei ein. Die Abteilung taucht in keinem Organogramm des SED-Zentralkomitees auf. Vgl. insgesamt zu ihr Mensing, Wilhelm: SED-Arbeit für Westgenossen. Die Arbeit der Abteilung Verkehr beim Zentralkomitee der SED im Spiegel der Überlieferung des Ministeriums für Staatssicherheit der DDR (1946–1976). Berlin 2010.

13 Dies ist nach Recherchen des Autors zum Beispiel der Fall bei der früheren Parteischnule „Ernst Thälmann“ (Groß-Schönebeck, Kreis Barnim) und bei der Parteischnule Oderberg (Oderberg im Kreis Märkisch Oderland).



Josef-Orlopp-Str. 67–71, 2011. Foto: Rudolf van Hüllen.

Der neue Sitz des Politbüros stellte sich als gefällig wirkendes, langgestrecktes und wohlproportioniertes Bürogebäude dar. Im sachlichen Baustil der sechziger Jahre gehalten, waren seine Fensterreihen mit blauen Mosaiksteinen unterlegt; die Betonstützen gliederten als vertikale Risalite das flach gedeckte Gebäude. Es war, wie die Staatssicherheit notierte, von „pflegearmen Grünflächen und Baumbeständen“ umgeben, allerdings von einem zwei Meter hohen „Storkower Betonzaun“ geschützt. Rechtwinklig daneben hatte man mit ihrer Rückseite zur „Straße Nr. 15“ nicht weniger als fünfzehn Garagen für den Kfz-Park der KPD errichtet. Der Bau konnte als durchaus gelungen angesehen werden. Lediglich das vorgelagerte Wachgebäude blieb ein Sorgenkind: Es wurde im Laufe der Geschichte des Objektes „Projekt“ zweimal abgerissen und neu errichtet, da es jeweils seinen Aufgaben nicht genügte.

Im Haupthaus befand sich im Obergeschoß die „Chefetage“ für die Mitglieder des Politbüros. Links vom Treppenaufgang erstreckten sich die Räume der informellen Führungsspitze der KPD, die keineswegs alle Politbüro-Mitglieder einschloß: Max Reimann („Arnold“)¹⁴ verfügte über ein Büro mit Vorzimmer und Ruheraum. Protokollarisch aufgewertet saß in einem Eckzimmer Otto Niebergall („Kilian“), der Vorsitzende der „Zentralen Parteikontrollkommission“ (ZPKK); davor lagen die Büros für den Organisationssekretär Willi Mohn („Albert“), für Assistenten von Reimann wie Manfred Kapluck („Arthur“) und Georg Kwiatkowski („Toni“). Außerdem gab es dort noch ein Büro für Max Schäfer („Achim“), das sich dieser aber mit Erich Glückauf („Thomas“)

14 In den Akten zur KPD in SAPMO-BArch tauchen die Funktionäre mit den hier jeweils in Klammern und Anführungszeichen gesetzten Decknamen auf.

habe teilen müssen. Ein Besprechungsraum war groß genug für die fünfzehn Mitglieder des Politbüros, obgleich dort selten Volltagungen stattgefunden hätten. Man habe sie zumeist in andere Objekte verlegt. Im Erdgeschoß war Platz für weitere Mitarbeiter, dort befand sich auch ein Teil des Parteiarchivs sowie eine kleine Bibliothek. Diese Aussagen eines früheren Mitarbeiters des ZK, der die Verhältnisse im Gebäude kannte, haben sich bei einer Besichtigung im Oktober 2011 gut nachvollziehen lassen.¹⁵ Für die damalige Zeit war die Ausstattung des Gebäudes bemerkenswert, allerdings auch von den milieutypischen Sicherheitserwägungen geprägt. Praktisch sämtliche Räume hatten sowohl vom Mittelgang abgehend als auch untereinander Doppeltüren. In den Zwischenräumen von gut einem halben Meter hatte man Schränke aus gefällig wirkendem Massivholz und Waschtischnischen eingebaut. Für damalige Verhältnisse gab es eine großzügige kommunikationstechnische Ausstattung. Max Reimanns Dienstzimmer verfügte nicht nur über eine Direktleitung zum MfS¹⁶, sondern auch über einen sogenannten PS-Apparat: eine spezielle Telefonstrecke, die in erster Linie die Mitglieder des Politbüros der SED miteinander verband.¹⁷

Mit dem erwähnten Parteiarchiv hatte es seine besondere Bewandnis. Archive, und vor allem solche zu Kaderakten, gelten bei kommunistischen Parteien als herausgehobene Sanktuarien. Die vielfach gebrochene Geschichte der KPD hatte die archivalische Sicherung sensiblen Materials noch erschwert. Mindestens ein Teil des Archivs der Partei lagerte in der Josef-Orlopp-Straße, und zwar, wie die Staatssicherheit notierte, unter bedenklichen Sicherheitsverhältnissen. Es gab sieben zu einem Archiv zusammengefaßte Räume sowie vier weitere, die mit Panzerschränken ausgestattet waren. Sie enthielten unvollständige Archivbestände aus den Jahren bis 1956 (offenbar hatte es bei der Verlagerung in den Osten Verluste gegeben) und einen vollständigen Bestand aus dem Zeitraum 1956–68.¹⁸ Offenbar dieser Schatz brachte dem Gebäude einen Schmuck ein, den seine Statik nicht ohne Weiteres vertrug: Die gesamte Front wurde mit massiven Gittern versehen, die derartig schwer waren, daß sie nicht ausschließlich in der Fassade aufgehängt werden konnten, sondern auf kleinen Betonpostamenten abgestützt werden mußten.¹⁹

Bei der „Absicherung“ des Objekts „Projekt“ stand das MfS eher als nachgeordneter Dienstleister denn als allmächtiger Kontrolleur dar: Die Partei – SED und KPD – regierte das „Schild und Schwert“. Das zeigte sich selbst in „Kaderfragen“, als der Hausmeister des Objektes „Projekt“ Anstoß erregte. Aber weil offenbar mächtige Leute in der ZK-Abteilung Verkehr ihn gegen interne Kritik schützten, konnte zunächst nichts unternommen werden, wie es in dem unnachahmlichen MfS-Deutsch notiert wurde: „Mir wurde mitgeteilt, daß eine Meinung bei der Abt. Verkehr besteht, den Hausmeister vom Objekt ‘Projekt’ zu entfernen. Er erhält ca. 600,- MDN ohne daß er irgendwie handwerkliche Fähigkeiten entwickelt und äußerst primitiv ist. Neuerdings

15 Gesprächsprotokolle im Archiv des Verfassers. Mit Rücksicht auf die fortbestehende Parteimitgliedschaft des hochbetagten Interviewpartners wird sein Name aus Datenschutzgründen nicht genannt.

16 Abschlußbeurteilung über die politisch-operative Absicherung des Objektes „Projekt“, 16. September 1974, BStU MfS HA II, 23549, Bl. 118.

17 BStU MfS HA II/MF/41, Bl. 50.

18 Aktennotiz über die Absprache bei der Abteilung Verkehr am 29. März 1971, BStU MfS HA II/MF/55, Bl. 24 f.

19 Nach der Übernahme des Objekts durch die Berliner Feuerwehr wurde dieser Ballast entfernt und weitgehend der Wiederverwertung zugeführt. Eines der Gitter hat die Feuerwehr im hinteren Bereich des Grundstückes aufbewahrt.

kam eine Meldung von Lutz, daß er immer in Geldschwierigkeiten wäre und Genossen dort um Geld anhält.“²⁰

Vom Herbst 1965 bis zum Ende der Illegalität der Kommunisten in Westdeutschland war es andererseits auch nur eine kurze Weile. Als im September 1968 in Frankfurt am Main die DKP „neu konstituiert“ wurde, war klar, daß der Apparat in Berlin Schritt für Schritt im Westen „relegalisiert“ werden mußte. Die gesamte Transformation der illegalen KPD in die legale DKP unter Umgehung des verfassungsrechtlich unanfechtbaren Parteiverbots bei weitgehender Beibehaltung des Personals und einer lediglich umformulierte Programmatik²¹ mußte „Projekt“ zwangsläufig überflüssig machen. Ein Unsicherheitsfaktor blieb vorübergehend der altersstarre KPD-Vorsitzende Max Reimann, den sowohl die SED-Führungsspitze als auch die Architekten der „neuen“ DKP aus der FDJ-Generation um Herbert Mies als „DKP-Ehrenvorsitzenden“ in den Westen komplimentieren wollten. Das funktionierte erst kurz vor dem zweiten Parteitag der DKP (26.–28. November 1971 in Düsseldorf) und nachdem Mielke dem nach Duisburg-Rheinhausen übergesiedelten Reimann vier persönliche Betreuer zugewiesen hatte.²²

Sitz der „Militärorganisation“ (MO) der DKP (1971–1975)

Damit war die Josef-Orlopp-Str. 67–71 durchaus nicht von der KPD „befreit“. Im Gegenteil: Eine wesentlich konspirativere Gruppe rückte ein. Und die Neubelegung gibt einige Rätsel auf – sie scheint der Logik der Arbeit des MfS ebenso wie jener der Partei zu widersprechen.

Unter dem 16. September 1974 heißt es in einem Abschlußbericht des BdL II über die „politisch-operative Absicherung“ des Objekts „Projekt“, seit Januar 1967 sei dem Gegner der Sitz des ZK der KPD und die Tarnbezeichnung bekannt gewesen; seither hätten sich ständig Fahrzeuge der westlichen Militärmissionen für das Gebäude interessiert. „Im April 1971 wurde das Objekt entsprechend seiner alten Bestimmung liquidiert. Der Charakter des Objekts hat sich verändert.“²³ Das liest sich wie ein Rückzug aus einem ohnehin „dekonspirierten“ Standort. Bereits im Juli 1971 indessen hatte das BdL II eine Aktennotiz zu einer Absprache mit Genossen „von der besonderen Gruppe der DKP“ im Objekt „Projekt“ niedergeschrieben. Bei dieser „besonderen Gruppe der DKP“ handelt es sich aber um die Militärorganisation (MO) der DKP, ein besonders geheimhaltungsbedürftiges Unternehmen zur Ausbildung von Sabotage- und Terrorkadern der DKP in der DDR, das zunächst Ulbricht und Max Reimann, später Honecker und der DKP-Vorsitzende Herbert Mies verabredet hatten.²⁴ Unmittelbar

20 Aktennotiz über eine Absprache bei der Abteilung Verkehr am 8. Juni 1966, semantische Fehler im Original (BStU MfS HAII/MF/44, Bl. 16). „Lutz“ ist der damalige Mitarbeiter der ZPKK der KPD, Harry Schmitt. Trotz dessen Einlassungen und zumindest „einer Meinung“ in der ZK VK blieb der Hausmeister auf seinem Posten. Er konnte erst einige Jahre später „entfernt“ werden.

21 Zur „Neukonstituierung“ der DKP unter Umgehung des KPD-Verbots vgl. Mensing, Wilhelm: Nehmen oder Annehmen. Die verbotene KPD auf der Suche nach politischer Teilhabe. Zürich 1989; ders.: Wir wollen unsere Kommunisten wieder haben... Demokratische Starthilfen für die Gründung der DKP. Zürich 1989; Roik, Michael: Die DKP und die demokratischen Parteien 1968–1984. Paderborn 2006.

22 Mitteilung des Vorsitzenden der Schiedskommission beim PV der DKP, Weiß, im Gespräch mit der HA II/19, (BStU MfS HAII/MF/57 Bl. 29). Die Betreuer waren DKP-Funktionäre, die offenbar vom MfS bezahlt wurden. Max Reimann wurde Ende September 1971 offiziell Mitglied der DKP.

23 BStU MfS HA II, 30288, Bl. 208.

24 Dazu Baron, Udo: „Gruppe Ralf Forster“ – Die geheime Militärorganisation von DKP und SED in der Bundesrepublik. In: Deutschland Archiv 6/2005, S. 1009–1015; van Hüllen, Rudolf: Gescheiterte Revolutionsträume: Die Enttarnung der geheimen „Militärorganisation“ der DKP 1989. In:

nach ihrer Funktion als Sitz des Politbüros der KPD wurde die Josef-Orlopp-Str. 67–71 demnach Obdach eines der geheimsten Unternehmen der Kommunisten in Deutschland. Harry Schmitt²⁵ alias „Lutz“, ehemaliger Referent von Max Reimann und Kader der ZPKK der KPD, kannte „Projekt“ natürlich aus eigener Anschauung; er war nun als „Ralf Forster“ Kopf der „Gruppe Ralf Forster“, auch „Gruppe R.F.“ oder „besondere Gruppe der DKP“²⁶ genannt, eben der MO. Warum die Partei das Risiko einging, ein bereits „dekonspiriertes“ Objekt für einen solch hochsensiblen Zweck zu verwenden, ist aus den Akten nicht erkennbar. Entweder spekulierte man darauf, daß der „Gegner“ das Interesse daran verloren hatte, oder aber es gab profanere Ursachen: den schlichten Mangel an geeigneten Gebäuden zum Beispiel.

Jedenfalls hielt es die MO auch nicht allzu lange in „Projekt“ aus. Im Dezember 1974, notierte die Staatssicherheit, habe die Gruppe R.F. festgestellt, daß ihr „Arbeitsobjekt dekonspiriert, – dem Bundesverfassungsschutz und dem englischen Geheimdienst – bekannt“ sei. Ihr sei daher im Februar 1975 als Austausch das „Objekt der Abt. Feriendienst des MfS in Berlin-Grünau, Regattastr. 141, an das MfS, BdL, übergeben“ worden.²⁷

Damit fiel die Josef-Orlopp-Str. 67–71 endgültig wieder an die SED bzw. das MfS zurück, und eine weit profanere Nutzungsphase folgte.

Wohnheim der Staatssicherheit (1975–1981)

In der Feuerwehr hat sich die Erzählung erhalten, die heutige Feuerwache sei vor dieser Funktion eine Art Wohnheim für die KPD gewesen²⁸; die Staatssicherheit notierte nach einer „Absprache mit der ZK Vk“ bereits am 22. Dezember 1970, es sei beabsichtigt, dort ein „Appartement-Haus“ für den „neuen Apparat“ einzurichten²⁹. Tatsächlich brachte die Staatssicherheit dort zunächst einmal Zeitsoldaten unter, die ihren Wehrdienst beim Wachregiment Feliks Dzierzynski abgeleistet und sich weiter beim MfS verpflichtet hatten.³⁰ Sie wurden im inneren Wachdienst der Objekte der Staatssicherheit eingesetzt und waren bis dahin in Einzelwohnungen im Stadtgebiet von Berlin (Ost) einquartiert, „was für ihre Erziehungstätigkeit nachteilig“ sei.³¹ Angesichts der vorhandenen Küchen- und Speisesaalkapazitäten konnten diese bis zu 150 SaZ (für „Soldaten auf Zeit“) zunächst einmal ganz gut in „Projekt“ behaust werden.³² Es handelte sich dabei auch nicht um nachrangiges Personal, denn schließlich blieb „Projekt“ zunächst, obwohl von der „Verwaltung rückwärtige Dienste“ (VRD) bewirtschaftet,

Verfassungsschutz in der freiheitlichen Demokratie – 60 Jahre Landesamt für Verfassungsschutz. Wiesbaden 2011, S. 164–182.

25 Zu Harry Schmitt vgl. Weber, Hermann: Wer war „Ralf Forster“? Der Leiter der DKP-Militärorganisation im Spiegel der Erinnerung und der MfS-Akten. In: Jahrbuch für Historische Kommunismusforschung 2006, S. 298–310.

26 Alle diese Bezeichnungen finden sich in den Akten der Staatssicherheit.

27 BStU MfS HA II, 28479, Bl. 8.

28 Aussagen der Wehrmänner der Feuerwache Berlin-Lichtenberg im Oktober 2011.

29 BStU MfS HA II/MF/54. Mit dem „neue[n] Apparat“ kann nicht die DKP gemeint gewesen sein, die sich nachgerade von Berlin (Ost) möglichst fernzuhalten hatte. Die MO wiederum war seinerzeit ziemlich neu.

30 Gespräch mit einem früheren Angehörigen des Wachregiments Feliks Dzierzynski und des Kommandos Feuerwehr, der das Gebäude seit den siebziger Jahren in dieser Funktion kannte, am 15. November 2012 in Berlin, Im Folgenden: Gespräch mit Zeitzeugen Kommando Feuerwehr.

31 Gemeint ist natürlich: für ihre Erziehbarkeit; BStU MfS VRD, 6896.

32 Im März 1975 schrieb die VRD auf, die Schwierigkeiten der Raumsituation innerhalb des MfS hätten sich u.a. durch die Wiederbelegung der Josef-Orlopp-Str. 67–71 „entspannt“ (BStU MfS VRD, 6896, Bl. 20).

unter der Regie des „Büros der Leitung“ (BdL).³³ Offenbar DDR-typisch wurden Ersatzinvestitionen eher vernachlässigt, denn Anfang der achtziger Jahre war die gasbetriebene Kucheneinrichtung verschlissen und wurde ersetzt; es gab Anstalten, Kühlräume zu installieren³⁴, und schließlich erwiesen sich die sanitären Anlagen als dringend „rekonstruktionsbedürftig“.³⁵ Dies alles waren Zwischennutzungen: Inzwischen hatte die Führung der Staatssicherheit mit der Josef-Orlopp-Str. 67–71 ganz andere Pläne.

„Kommando Feuerwehr“. Die Betriebsfeuerwehr des Ministeriums für Staatssicherheit

Das Bedürfnis nach einer eigenen Betriebsfeuerwehr für das ständig expandierende Ministerium für Staatssicherheit dürfte sich Anfang der siebziger Jahre entwickelt haben – die in den Akten des MfS früheste Spur ist ein „Förderungsprogramm“ für das Vorhaben, das bereits im September 1973 existierte und auch schon die Josef-Orlopp-Str. 67–71 als Standort ins Auge faßte.³⁶ Unter dem 30. März 1974 jedenfalls bestätigte Mielke eine Vorlage, „im Bereich des Ministeriums für Staatssicherheit eine operative Diensteinheit von Kräften und Mitteln als selbständiges Feuerwehrkommando zu bilden.“ Sein Einsatz- und Schutzbereich sollte sämtliche Dienstobjekte des MfS einschließlich ihrer Berliner Bezirksverwaltung, die Baubetriebe des MfS, die EDV-Bereiche und das Sportforum, allerdings auch „Dienstobjekte der sowjetischen Freunde“ umfassen.³⁷ Die Personalausstattung 1:40 setzte sich aus einem Kommandoleiter im Range eines Majors, zwei Hauptleuten als Wachabteilungsleitern, sechs Gruppenführern (Leutnante) und weiteren 32 „Einsatzkräften“, zumeist im Range von Unterleutnanten, zusammen. Die Ausrüstung sollte aus zwei Löschfahrzeugen LF 16, einem Tanklöschfahrzeug TLF 16, einem kleineren LF 8-TS bestehen.³⁸ Was die Referenzgröße der Ansprüche anging, war der Geheimdienst nicht kleinlich. Er verwies darauf, daß ein ähnliches geeignetes Objekt unlängst für die Berufsfeuerwehr der Stadt Greifswald (damals 50 000 Einwohner) mit einem Aufwand von immerhin zwei Millionen Mark errichtet worden sei.³⁹ Interessant ist auch die Begründung für die Notwendigkeit eines solchen MfS-eigenen „Kommandos Feuerwehr“ (Kommando F): In den vergangenen Jahren sei ein beträchtlicher Aufwuchs an Objekten, technisch-operativen Einrichtungen, Betrieben, Werkstätten und Lagerbereichen zu verzeichnen. „In einigen Bereichen besteht eine hohe Brand- und Explosionsgefahr, die Wertkonzentration in den Objekten und Einrichtungen sowie deren Bedeutung für die operative Arbeit hat sich wesentlich erhöht.“ Diese Aussage ist durchaus mehrdeutig. Einerseits hantierte das MfS im Sektor OTS verstärkt mit Gefahrgutstoffen, andererseits resultierte schon aus dem Aufwuchs der Aktenmengen eine verstärkte Brandgefährdung – diesen Trend teilte das MfS allerdings mit anderen Behörden. Die „Wertkonzentration“ ergab sich in manchen MfS-Objekten auch aus der Anhäufung im Westen „beschaffter“ hochwertigen

33 Zu beachten ist hier, daß es zwei direkt Mielke zugeordnete Diensteinheiten mit der Bezeichnung „Büro der Leitung“ (BdL) gab. BdL scheint eine Art Stabsbereich gewesen zu sein, während sich „BdL II“, 1962 geschaffen und später in der HA II/19 aufgehend, ausschließlich mit der „Absicherung“ der ZK-Abteilungen 70 und 72 (Abteilung „Arbeitsbüro“ für die politische Anleitung der KPD und Abteilung „Verkehr“ für deren logistische Unterstützung) befaßte.

34 BStU MfS VRD, 9475, Bl. 15–17. „VRD“ ist die „Verwaltung Rückwärtige Dienste“ des MfS.

35 BStU MfS VRD, 9475, Bl. 1.

36 Schreiben Leiter Büro der Leitung an Leiter Verwaltung Rückwärtige Dienste vom 15. Mai 1974, BStU MfS VRD 9877, Bl. 16.

37 Vorlage Oberst Ludwig (Leiter BdL) vom 30. März 1974, BStU MfS VRD, 9877, Bl. 17–23, hier zit. Bl. 17.

38 Ebd., Bl. 17, 18.

39 Ebd., Bl. 13.

ger technischer und elektronischer Geräte. Zudem, so fährt das Dokument fort, sei der Einsatz von Kräften der Berliner Feuerwehr nur bedingt möglich, „da mit dem dortigen Kaderbestand nicht die erforderliche Geheimhaltung gewahrt werden kann“⁴⁰. Es steht dahin, ob mit der „erforderlichen Geheimhaltung“ der Brandfall an sich gemeint ist, der Brandfall bei der Staatssicherheit oder ob die Einrichtungen der Staatssicherheit überhaupt für so geheim gehalten wurden, daß schon ihr Betreten durch „gewöhnliche“ Feuerwehrmänner für schwer erträglich gehalten wurde.⁴¹ Dem Sicherheitswahn der Staatssicherheit würden alle drei Varianten entsprechen, doch bedeutete dies nicht, daß man im Ernstfall auf die Unterstützung durch die reguläre Feuerwehr hätte verzichten können. Lediglich die Routineeinsätze des vorbeugenden Brandschutzes erledigte das MfS gänzlich mit eigenen Kräften.⁴²

Planzeichnungen im Maßstab 1:1000 belegen, daß die Gebäude für das „Kommando Feuerwehr“ ursprünglich im hinteren nördlichen Teil der Parzellen 13 und 14 hätten neu errichtet werden sollen. Vorgesehen war eine Fahrzeughalle mit acht Toren, Ausrichtung auf die „Straße Nr. 15“; dahinter, rechtwinklig angebunden, ein zentrales Unterkunfts- und Verwaltungsgebäude, nördlich von diesem freistehend ein weiteres Gebäude. Die alte KPD-Parteizentrale im südlichen Teil des Geländes wurde von dieser Planung nicht tangiert.⁴³ Man hatte die „Investition“ für das Planjahr 1979/80 vorgesehen.

Daraus wurde nichts, und zwar offenkundig hauptsächlich aus Kostengründen. Um diese Zeit geriet die DDR derartig massiv unter finanziellen Druck, daß selbst die Staatssicherheit Beschränkungen hinnehmen mußte. Das Investitionsvolumen wurde radikal auf 550 000 Mark reduziert, und die Vorgaben lauteten nun nicht mehr auf einen Neubau, sondern auf die Umnutzung der früheren Parteizentrale. 510 000 Mark sollten demnach in Um- und Erweiterungsbauten investiert werden, die bis 1983 abgeschlossen sein sollten.⁴⁴ Allerdings wurde dieser Zeitplan nicht eingehalten.

Den Kern des Umbaus bildete eine östlich vom bisherigen Bürogebäude errichtete viertorige Fahrzeughalle, die erst im Februar 1987 übergeben wurde.⁴⁵ Während ihrer Errichtung „kassierte“ das MfS wie selbstverständlich die „Straße Nr. 15“, die bis dahin immerhin öffentlicher Verkehrsraum gewesen war, auf der gesamten Ostseite seines Geländes.⁴⁶ Nach Süden, an der Straßenfront, wurde die erweiterte Josef-Orlopp-Str. 67–71 mit einem massiven zwei Meter hohen elektrisch bewegten Rolltor abgesperrt, das zugleich die vier Meter hohen und für eine Feuerwache untypisch grau gestrichenen Tore der Fahrzeughalle verdeckte. Zum zweiten Mal wurde das Wachgebäude am nunmehr verlegten Haupteingang neu errichtet; es erhielt eine Besucherschleuse mit einem Einwegspiegel, aus dem zwar der Wachhabende auf den Besucher schauen konnte, dieser aber nicht in umgekehrter Richtung. Der Rest des Bürogebäudes ließ sich relativ leicht umbauen, und in die Räume von Max Reimann zog nunmehr der Leiter der Abteilung BdL 5 (Brandschutz) des MfS ein. Ihm unterstand das im Erdgeschoß untergebrachte „Kommando Feuerwehr“. Auch der langgestreckte Garagentrakt für die fünfzehn Fahrzeuge des KPD-Fuhrparks erwies sich als nützlich. Da

40 Ebd., Bl. 20.

41 Das ist zumindest in einer Hinsicht nachvollziehbar: Das Kommando Feuerwehr prüfte auch DDR-weit die zahllosen Handfeuerlöcher in MfS-Objekten, die sich immerhin theoretisch als Bombenverstecke eigneten.

42 Gespräch mit Zeitzeuge Kommando Feuerwehr am 15.11.2012.

43 Planzeichnung in Vorlage Ludwig, BStU MfS VRD, 9877, Bl. 6.

44 Schreiben des Dir. f. Prod. an die VRD vom 17. September 1980, BStU MfS VRD 7601, Bl. 8.

45 VRD, Analyse des Bauinvestitionsplanes 1987, I. Quartal 1987, BStU MfS VRD, 7601, Bl. 31.

46 Wohl am 4. November 1983, wie die Katasterakten ausweisen: BStU MfS, Dokumentation über die Liegenschaftsverwaltung des MfS, 1830, Bl. 4.

ihre Ausfahrtseite aus konspirativen Gründen von der „Straße Nr. 15“ abgewendet, also nach Westen gerichtet war, konnte man nun einen gleichlangen Trakt für Werkstätten und Ausrüstungslager östlich an die Garagenrückseite anbauen. An der Ostseite des so verdoppelten Technikgebäudes brachte die Staatssicherheit eine echte Innovation an: die übliche Schlauchwäsche wurde durch eine Trockenzentrifuge ergänzt, die die bis dahin bei den Feuerwehren der DDR üblichen Trockentürme ersetzte. Der „Storkower Betonzaun“ schloß nunmehr das erweiterte Gelände ein.

Diese Lösungen führten nicht zu einem klassischen Feuerwehrgebäude, aber darum ging es ja auch nicht in erster Linie. Es waren nicht die Zwänge der schwindenden DDR-Ökonomie, die das Merkwürdige am Standort des „Kommando F“ ausmachten. Es entstand hier der vermutlich in Mitteleuropa ziemlich einmalige Fall, daß Funktionsprinzipien eines Rettungsdienstes dem Konspirationsbedürfnis eines Geheimdienstes nachgeordnet wurden. Zu den eher vernachlässigbaren Kleinigkeiten gehört dabei das Rolltor an der Straßenseite: Es benötigte seinerzeit zwei Minuten, um ein Ausrücken zu ermöglichen – dieser Mißstand wurde nach 1989 vorrangig behoben. Aber bis heute müssen die Wehrmänner von ihren Aufenthalts- und Bereitschaftsräumen bei Alarm quer durch das Gebäude zu ihren Fahrzeugen rennen. Es gibt also einiges, das die heutige Wache Lichtenberg der Berliner Feuerwehr – wie ihr heutiger Wachleiter anmerkt – zu einem mindestens deutschlandweit einmaligen Fall macht.

Andere Besonderheiten geben mehr zu denken. Für das „Kommando F“ war eine Waffenkammer vorgesehen, deren „Absicherung“ sich ohne größere Umbauten als unmöglich erwies und deren Installation daher verschoben wurde.⁴⁷ Ist das vorstellbar: Eine Feuerwehr, deren Aufgabe Löschen, Retten, Helfen ist, die Schußwaffen führt? Aber darüber hinaus gab es dies: Die Fenster der Waffenkammer hätten einen „Einwurfschutz“ aus einer abnehmbaren Stahlblechblende erhalten sollen.⁴⁸ Gegen eine militärische „Aggression der NATO-Kriegstreiber“ hätte der wohl nichts genützt, und daß „imperialistische Agenten“ den Wunsch hätten haben können, ausgerechnet an der Rückseite eines derartig geheimen Objekts gezielt die Fensterscheiben der Waffenkammer einzuwerfen, erscheint eher unwahrscheinlich. So bleibt als Erklärung nur die kollektive Erinnerung der Diktaturbetreiber an den 17. Juni 1953: Der Feind, vor dem die Staatssicherheit den Sozialismus in erster Linie zu schützen hatte, war das eigene Volk. Davon kündigt auch ein weiteres Baudetail: Das unterkellerte Wirtschaftsgebäude hat irgendwann an seiner Westseite einen auf Brusthöhe liegenden Ausstieg in Richtung auf die Stützenkonstruktion des Unterbaus der alten Parteizentrale erhalten. Wer sich im Festungs- und Bunkerbau auskennt, weiß, welchem Zweck er dienen dürfte: Es handelte sich höchstwahrscheinlich um eine Art Notausstieg.

Die Belegschaft der Betriebsfeuerwehr der Stasi hatte als tägliche Aufgabe sämtliche Brandschutzeinrichtungen in Gebäuden der Staatssicherheit zu inspizieren und zu warten. Dazu waren entsprechende Werkstätten im Nebengebäude eingerichtet worden. Direkte Brandbekämpfungseinsätze scheinen eher selten gewesen zu sein; der befragte Zeitzeuge erinnert sich im Zeitraum zwischen Mitte der achtziger Jahre und 1989 an drei, von denen das vollständige Niederbrennen eines Gebäudes des MfS-Sektors OTS mit Abstand der bedeutendste gewesen sei. Dennoch kann man sich vorstellen, daß die Wehrleute mit ihrer Rolle bisweilen Schwierigkeiten gehabt haben müssen. Sie stammten zumeist aus dem Wachregiment Feliks Dzierzynski. Nach Ableistung ihres

47 BStU MfS VRD, 7771, Bl. 98. Tatsächlich ist das Vorhaben offenbar nicht mehr ausgeführt worden. Unser Zeitzeuge hat vehement bestritten, daß es im Hause eine Waffenkammer gegeben habe. Waffenträger seien lediglich der Abteilungsleiter und das Wachpersonal gewesen. Nach Aktenlage dürfte dies zutreffen.

48 BStU MfS VRD, 7771, Bl. 97.

dortigen Dienstes konnten sie zwischen mehreren Angeboten wählen, darunter eine Ausbildung an der Feuerweherschule der DDR. Sie waren also einerseits dem traditionellen Feuerwehrethos verbunden, hatten sich aber andererseits mit Einsatzrestriktionen abzufinden, die mit ihm nicht in Übereinstimmung zu bringen waren.⁴⁹

Neues Leben als Feuerwache Berlin-Lichtenberg

Die zwar in mancher Hinsicht improvisierte, aber neue und ordentlich ausgestattete Wache in der Josef-Orlopp-Straße war keine drei Jahre in Betrieb, als sich das Ende der SED-Diktatur abzeichnete. Unter dem 13. Dezember 1989 unterrichtete der Leiter des BdL die Verwaltung Rückwärtige Dienste, „auf Arbeitsebene“ habe man dem Leiter der Abteilung Feuerwehr der Volkspolizei die Übergabe der Josef-Orlopp-Str. 67–71 einschließlich der „feuerwehrtechnischen Ausrüstungen“ und des dort tätigen Personals angeboten, was beim Gesprächspartner auf reges Interesse gestoßen sei. Tatsächlich hatte die Feuerwehr in Berlin-Lichtenberg Bedarf, sie saß in einem maroden Gebäude mit unzulänglicher Ausrüstung. Und sie kam aus dem Staunen nicht mehr heraus, als sie in ihrem Ausrückbezirk eine komplett eingerichtete Feuerwache präsentiert bekam, von der sie nicht das Geringste gewußt hatte. Das Erstaunen setzte sich bei der Übergabe des Objekts fort: Die Relikte einer klar überdimensionierten Telefonanlage im Untergeschoß⁵⁰, ein armdickes ölgekühltes Starkstromkabel im Keller, dessen Zweck und Ausgangspunkt nicht herauszubekommen war, gehörten zu den Hinterlassenschaften des MfS. Vor allem aber überraschte ein quadratmetergroßer Tisch, der mit sorgfältig nummerierten Schlüsseln überhäuft war: Der Sicherheitswahn der Stasi hatte dazu geführt, daß innerhalb des „Dienstobjektes“ sämtliche Räume sorgfältig abgeschlossen wurden. Und da aus KPD-Zeiten die meisten Zimmer auch noch mit Doppeltüren versehen waren, kann man sich vorstellen, daß solche Sicherheitsgewohnheiten mit den Prinzipien einer Rettungseinrichtung, die darauf abstellen muß, daß erforderliche Ausrüstung im Ernstfall in Sekundenschnelle und mit einem Griff zugänglich ist, nur begrenzt sinnvoll sein kann.

Ihre spezifische Ausstattung als Zentralstelle für Brandschutz des MfS prädestinierte die Feuerwache Berlin-Lichtenberg nach 1989 zunächst für die Rolle einer Zentralstelle zur Wartung von DDR-Feuerwehrmaterial. Tatsächlich wurde es dort in größeren Mengen angeliefert und zumeist in die früheren RGW-Staaten weitergeleitet. Um die „Betriebsfeuerwehr“ der Staatssicherheit rankten sich in den Wendejahren zahllose Legenden, manche davon lassen die alten Hasen aus den Ostberliner Feuerwehren bis heute ebenso schmunzeln wie die Bereitschaft vor allem der neuen, aus dem Westen stammenden Kollegen, alle Räuberpistolen für bare Münze zu nehmen. So wurde der Notausstieg im Keller des Wirtschaftsgebäudes zunächst in den Anfang eines Geheimganges in die Normannenstraße umgedichtet und die Geschichte dann noch weiter ausgeschmückt, bis hin zu der Legende von einem speziell mit zwei Führerständen umgebauten Löschfahrzeug, das in diesem Gang unterirdisch verkehren konnte.

Etwas einfacher waren die Zusammenhänge manchmal auch in der SED-Diktatur. Einen bestürzend banalen Kontext entdeckten wir im Oktober 2011, als uns einer der Feuerwehrmänner erzählte, hinter ihrem Gelände sei wohl auch noch ein anderes Objekt der SED gewesen. Wir unternahmen einen Spaziergang durch die nördliche Paral-

49 Das hinderte das Kommando F nicht daran, mit seinen Einsatzfahrzeugen auszufahren. Die sahen genau wie die üblichen Feuerwehrfahrzeuge aus, nur daß niemand erkennen konnte, welcher Wache sie zugehörten.

50 Nach Aussagen des Zeitzeugen hatte sie nichts mit Abhöraktivitäten zu tun, sondern war lediglich den zahllosen „Direktlinien“ geschuldet, die z. B. den Abteilungsleiter BdL 5 mit sämtlichen Bezirksverwaltungen der Staatssicherheit verband.

lelstraße zur Josef-Orlopp-Straße und fanden in der Herzbergstr. 36–38 ein weitläufiges Gelände mit einem DDR-typischen Wachhaus und einer aus den fünfziger Jahren stammenden, in ebenso typischem Grau gehaltenen Bebauung mit Verwaltungsgebäuden, um die sich rund 40 Garagen gruppierten. Heute bieten hier mehrere Firmen Kfz-Dienstleistungen aller Art an. Zu DDR-Zeiten hatte dieses Gelände die Hausnummern 119–124 und war als „Deutscher Kraftverkehr Grünau“ ausgewiesen. Es war mindestens so geheim wie das Objekt „Projekt“, denn es handelte sich um den Hauptsitz der Abteilung „Verkehr“ des ZK der SED, zuständig für die logistische Betreuung und konspirative Finanzierung der Westkommunisten. Die Grundstücke der ZK VK und des Politbüros der KPD grenzten mit dem Rücken aneinander. Wenn sich Reimanns Mannen also mit den SED-Genossen besprechen wollten, brauchten sie dazu nur ein Stück der „Straße Nr. 15“ nach Norden zu folgen. Ob sie das je getan haben, wissen wir nicht. Vielleicht war die Nachbarschaft ja auch schon wieder zu geheim, als daß sie dem gewöhnlichen Westkommunisten hätte bekannt sein dürfen.